

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 110 (2016)
Heft: 5

Artikel: Von langen Tischen und dem Wissen, was genug ist : feministische Bausteine für Zukunft
Autor: Wichterich, Christa
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von langen Tischen und dem Wissen, was genug ist

Feministische Bausteine für Zukunft

Die Logik des Wachstums ist zu einer Form der Vergesellschaftung geworden. Wie zum Gegenmodell der Genügsamkeit gelangen? Eine Versorgungsökonomie mit eigenem Tempo könnte Dreh- und Angelpunkt für Strategien der Entschleunigung sein – damit ein gutes Leben für alle und ein Wirtschaften aus der Perspektive der Lebensqualität möglich wird.

«Wenn du mehr hast, als du brauchst, dann bau einen längeren Tisch, keine höheren Mauern.»

Als eine 19-jährige US-amerikanische Studentin diesen Satz auf Facebook postete, hatte sie innerhalb weniger Tage 1,75 Millionen Likes und offenbar einen Nerv der Zeit getroffen. Die Bilder von langen Tischen, die darauf folgten, sind zum Symbol für die sinnvolle Verwendung des Zuviel, für das Teilen und für etwas neues Gemeinsames geworden. Gerade im Kontext der Geflüchteten und Asylsuchenden taucht das Motiv des langen Tisches häufig auf.

Wachstumszwang als Herrschaftstechnik

Der Nerv der Gesellschaft lag durch die globale Vielfachkrise in den Jahren 2007 bis 2010 blank – die Finanzmarkt- und die realwirtschaftliche Krise, Hunger- und Armutskrise, Klimawandel, Artensterben, Energieengpässe. Die Krise legte den Irrsinn eines ökonomischen Systems offen, welches das ureigene Mass allen Wirtschaftens vergessen hat, nämlich Bedürfnisbefriedigung, Naturnutzung zum Zweck der Versorgung, Sicherheit und Wohlergehen. Vielmehr ist die ultimative Triebkraft der globalisierten neoliberalen Ökonomie die Vermehrung von Geld. Die Funktionslogik, Gewinne und immer höhere Gewinne zu machen, zwingt zu ständigem Wachstum. Sie zwingt zur Expansion der Märkte und der Kommodifizierung auch von dem, was bislang noch ausserhalb des Marktes war, zur Intensivierung des Energie- und Ressourceneinsatzes, zur Maximierung der Effizienz, zur Erfindung neuer Instrumente des Profitmachens auf den Finanzmärkten und zur Kostensenkung durch Flexibilisierung von Arbeit. Dies alles erscheint als Sachzwang, der soziale und moralische Massstäbe ausser Kraft setzt und als universelles Mass für Arbeit, Ressourcen, Güter und Personen wirkt. Er ist eine Herrschaftstechnik, die nicht nur Wirtschaft und Politik regiert,

sondern ebenso Alltagspraktiken, soziale Beziehungen, individuelles Verhalten und Subjektivitäten. Dadurch ist die Logik des Wachstums zu einer Form der Vergesellschaftung geworden, die genauso in den Köpfen steckt wie in den Strukturen. Die Handlungsmaxime des Homo oeconomicus, der den Eigennutz steigert und effizient plant, gilt für alle und alles: ohne Wachstum kein Geld- und Güterwohlstand – und ohne Geld- und Güterwohlstand keine Zufriedenheit und kein Glück.

Die Krisen nährten Debatten darüber, dass das «nicht weiter wie bisher» gehen könne und ein Paradigmenwechsel notwendig sei, der den gordischen Knoten von Wachstumsdiktat, Profitmaximierung, Effizienzsteigerung, Begierde nach Mehr, Beschleunigung und linearem Fortschrittsglauben zerschlägt. Gefühlt muss eine Wende her. Doch wie kann der vertrackte Wachstumsimperativ unterbrochen werden? Was kann diesen Sachzwängen entgegengesetzt werden? Wer kann eine Wende in Gang setzen? Diese Fragen stellen sich umso mehr, als Politik und Wirtschaft den Alltagsverstand in eine Schizophrenie befördern, indem sie verkünden, dass Wachstum der einzige mögliche Weg aus den Krisen sei, dass Markt und Technologien die Rezepte für die Krisenlösung bereithielten – nun «grünes» Wachstum genannt.

Vielfachkrise der Reproduktion

Aus der Perspektive feministischer politischer Ökonomie realisiert sich der Wachstumsimperativ nicht nur durch die Verwertung von Lohnarbeit und natürlichen Ressourcen, sondern beruht auch auf der Nutzung von un- und unterbezahlter Sorgearbeit. Diese reproduziert das Soziale, putzt und pflegt, wäscht und wäscht, ernährt und regeneriert, entsorgt Müll, zieht Tomaten und schützt Bäume vor dem Abholzen. Perfiderweise setzen der Markt, die Waren- und Geldökonomie diese Sorgearbeit

als unendlich dehnbar sowie als «natürliche» Fähigkeit voraus. So muss analog zum Ressourcenextraktivismus von Sorgeextraktivismus gesprochen werden, sowohl auf nationaler als auch auf transnationaler Ebene.

Sorgearbeit gehorcht der Logik der Ver-, Für- und Vorsorge (care) mit einem eigenen Tempo. Als Dienstleistung wird sie zunehmend in den Arbeitsmarkt integriert und den Prinzipien von Produktivitäts- und Effizienzsteigerung, Konkurrenz und Rendite unterworfen. Sie ist gering bewertet und schlecht entlohnt, weil Unterrichten, das Füttern von Babys und Streicheleinheiten nicht beschleunigt werden können. Sie gilt als unproduktiv und nicht wertschöpfend, weil sie keinen Warenwert erzeugt, sondern der Gewinn in scheinbar ausserökonomischen Werten wie Zufriedenheit und sozialem Zusammenhalt besteht.

Der Irrsinn des Systems setzt sich darin fort, dass die Wirtschaft unter dem Wachstums-, Konkurrenz- und Effizienzzwang ihre eigenen lebendigen Grundlagen zerstört, weil sie sorg- und rücksichtslos gegenüber den menschlichen, sozialen und natürlichen Ressourcen ist. So kommt es zu einer Vielfachkrise der Reproduktion. Sie manifestiert sich in wachsender sozialer Ungleichheit, im Notstand der Altenpflege, in fehlenden Kindertagesstätten, in Lebensmittelskandalen, in Burnout und Depression als Volkskrankheit, in der Bildungs- und Beschäftigungskrise der Jugend ebenso wie im Klimawandel, in Ressourcenknappheit, dem Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, in Luft- und Wasserverschmutzung. Für breite Bevölkerungsschichten findet eine «Entsicherung» von Arbeit, Wohnen und Leben statt. Trotz statistischem Wirtschaftswachstum, trotz Geld- und Güterwohlstand erodieren Wohlbefinden und Lebensqualität.

Genau den Mangel an Qualität und an Wertschätzung artikulierten in den vergangenen Jahren viele Streiks und

Proteste im personennahen Dienstleistungsbereich. Die Beschäftigten von Kindertagesstätten demonstrierten nicht nur für höhere Löhne, sondern für die bessere Anerkennung ihrer Arbeit. AltenpflegerInnen forderten mehr Wertschätzung und eine Aufweichung der Pflegemodule. Pflegepersonal und ÄrztInnen in der Charité in Berlin sind so überlastet, dass sie keine Qualitätsbetreuung mehr gewährleisten können. Die spanische Gruppe von «Zimmermädchen» Las Kerries schämt sich, dass sie es unter dem Zeitdruck der Pauschalbezahlung nicht mehr schaffen, die Hotelzimmer richtig sauber zu machen. Diese Kämpfe zeigen, dass die SorgearbeiterInnen nicht die AusputzerInnen sein, sondern anders arbeiten und wirtschaften wollen.

Deswegen sind aus feministisch-ökonomischer Perspektive die Care-Arbeit und ihre intrinsische Logik ein Dreh- und Angelpunkt für Strategien der Entschleunigung, der Qualitäts- und sozialen Sicherung und des Wohlergehens. Sie sind ein Ansatzpunkt, um das Wirtschaften insgesamt aus der Perspektive des Versorgens und der Lebensqualität her zu denken. Es geht darum, die soziale, ökonomische und ökologische Bedeutung von Care zu politisieren – nicht zu romantisieren – mit dem Zielhorizont eines «guten Lebens für alle».

Ausbeutung der Schwachen und des globalen Südens

Versorgungswirtschaft bedeutet, dass die gesamte Wirtschaft vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße zurückgestellt wird und die Grenzen des Wachstums im Sozialen, in der Menschlichkeit und in der Natur akzeptiert werden. Ziel ist eine Wiedereinbettung der Ökonomie in soziale und Naturzusammenhänge sowie eine Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit, Umwelt- und Geschlechtergerechtigkeit.

Das Konzept eines «guten Lebens» wirft die Fragen auf, was und wie viel

man braucht, was und wie viel genug ist, um bedürfnisorientiert zu versorgen, Rechte einzulösen, existenzielle Sicherheiten herzustellen, eine lebenswerte gesunde Umwelt zu erhalten und Zugang zu Ressourcen für alle nach der Massgabe von Gleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Ein Massstab zeigt aber auch an, wo zu viel und wo zu wenig ist, welche Sektoren schrumpfen müssen und welche wachsen sollen, damit eine Balance zwischen dem Zuviel und dem Zuwenig hergestellt werden kann.

Das Genug beziehungsweise das «genug für alle» als Mass für Versorgung, Lebensqualität und gesellschaftliche Wohlfahrt bezieht sich auf Produktion, Verteilung und Konsum. Eine zentrale Forderung von Feministinnen ist, dass Versorgungssektoren wie Daseinsvorsorge, Betreuung, Pflege und soziale Sicherheit, die derzeit durch Sparpolitik und Privatisierungstendenzen schrumpfen, wachsen müssen. Um aber gleichzeitig einen Ausstieg aus der Wachstumsspirale von Naturverbrauch und Energieverschwendung, Ressourcen- und Care-Extraktivismus anzustossen, sollten ressourcen-, energie- und emissionsintensive Überproduktionsindustrien im globalen Norden, beispielsweise die Autoindustrie, sozialverträglich geschrumpft und destruktive Industrien wie die Rüstungsindustrie konvertiert werden.

Die Rede vom Genug, von der Genügsamkeit oder Suffizienz als Gegenmodell zur Effizienz wird häufig auf die Individuen als KonsumentInnen bezogen, um das vermeintlich Private, den Konsum, zu politisieren. Tatsächlich kann ein Paradigmenwechsel nicht ohne die KonsumentInnen an der Supermarktkasse vollzogen werden – aber auch nicht allein durch sie. Vielmehr ist im Bewusstsein von Grenzen und Genug ein Umbau der gesamten Produktions- und Konsummuster notwendig. Das Mass für Lebensqualität und Genügsamkeit ist dann eher Versorgungs- und Zeitwohlstand als Geld- und Güter-



wohlstand, eher Gemeinwohl, Ausgleich und sozialer Frieden als privater Reichtum und individuelles Eigentum mit Verfügungsmacht.

Konzepte von *Degrowth* und Post-Wachstum haben bisher wenig Echo in einer breiten Öffentlichkeit, bei einkommensschwachen Klassen und im globalen Süden gefunden, weil der Wachstumsbegriff nicht nur ökonomisch, sondern fortschritts-, gesellschafts- und persönlichkeits-theoretisch gedacht wird. Suffizienz wird als Verzichtsstrategie abgelehnt, und auch die Botschaft, dass es sich um Konsumbefreiung handelt, hat keine breite Resonanz. Die Armen und Benachteiligten und der globale Süden setzen den Homo oeconomicus, warenvolle Geschäfte und die westliche Wohlfahrtsstaatlichkeit als Norm für Fortschritt, nachholende Entwicklung und Gerechtigkeit. Dabei wird ignoriert, dass alle drei – der eigennützige Marktmensch, der Güterüberfluss und der fordistische Sozialstaat – Wachstum und Wohlstand auf Kosten «anderer» erzeugen: durch die Ausbeutung von Ar-

beit, Natur und der Hausfrau im fordistischen Familienernährer-Modell, durch Ressourcen- und Sorgeextraktivismus im globalen Süden.

Dagegen ist ein Massstab für Genügsamkeit, dass soziale und ökologische Kosten, Risiken und Schäden der Produktion und des Konsums der globalen Mittelschichten nicht länger externalisiert und auf die sozial Schwachen, den globalen Süden und die Natur abgeschoben werden dürfen. Bisher wird der globale Süden als Reservoir billiger Ressourcen und Arbeitskräfte wie auch als Senke für die Wohlstandsemissionen im Norden vorausgesetzt. Das schreibt das koloniale und imperiale Prinzip des Wohl-Lebens auf Kosten anderer fort. Deshalb steht auch die Aufkündigung des neokolonialen «Sozialpakts» an, der seit den 1970er-Jahren Reallohnsenkungen im Norden durch Billigprodukte aus dem globalen Süden kompensiert.

Auch wenn die globale Konsumklasse voll in die Wachstumsspirale eingestiegen ist und planetarische Grenzen missachtet, muss zuallererst im Westen der vom Westen her globalisierte Markt- und Wachstumstotalitarismus aufgekündigt werden. Das Mass für Genügsamkeit darf nicht in imperialer Manier als universelle Norm verallgemeinert werden. Vielmehr sind innerhalb der planetarischen Grenzen nach dem Prinzip gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung Strategien des Genug und des Massvollen jeweils kontextualisiert zu entwickeln. Entsprechend kann es auch nicht den einen grossen Gegenentwurf oder eine konsistente feministische Programmatik als Königinnenweg heraus aus der Systemrationalität geben. Es gibt weder Universalrezepte, die überall gleich greifen, noch die eine Massnahme, zum Beispiel Grundeinkommen, die alles aushebelt. Vielmehr besteht eine Multitude von Konzepten, Pfaden und Praktiken nebeneinander und gleichzeitig, die sorgeökonomische Schnittstellen aufweisen.

*Harlequin-Wanze,
Nähe Three Mile
Island, Pennsylvania/
USA. Schildchen
asymmetrisch.*

Genügsamkeit als Gegenmodell – individuell und strukturell

Wichtig ist aus einer feministischen Care-Perspektive, Umbau- und Übergangsstrategien zu identifizieren, die dem Trend weiterer Ökonomisierung, Privatisierung und Kommodifizierung entgegenlaufen oder ihn unterlaufen. Weil sie weder auf den gestaltenden Staat noch auf die grosse Transformation von oben warten wollen, setzen feministische Ansätze auf kleine Schritte im Lokalen und Transitionen im Alltag. Versuchsanordnungen zur Weichenumstellung starten meist von unten, bei den Subjekten, in den Lebenswelten, lokalen Praktiken und der sozialen Reproduktion. Die Politik der ersten Person, des Selbermachens und des Hier und Heute hat viel Charme. Aber um über individuelles Aussteigen hinauszugehen, gehören der Umbau von neoliberalen Politiken und renditebesessenen Wirtschaftsstrukturen sowie der Aufbau neuer Wege der Produktion, Verteilung und Konsum immer zusammen. Städtische Landwirtschaft, Zero-Waste und Transition Town-Initiativen sind praktizierte Kritik an der Industrialisierung der Ernährung, am Wegwerfkonsum und der Immobilienspekulation. Sie sind keine individualisierende Schrebergärtnerei, sondern Kämpfe gegen asymmetrische Machtverhältnisse und für Alternativen.

In sozial ungleichen Gesellschaften kann es kein «Genug für alle» ohne Umverteilung geben. Politische Rahmenbedingungen sind notwendig, um durch ökologische und soziale Steuern, von Reichen- und Erbschaftssteuern bis zu Flugbenzin-, Meernutzungs- und Finanztransaktionssteuern ein Mass zu setzen und durch Bürgerhaushalte von der kommunalen bis zur globalen Ebene umzuverteilen. Sie sind ebenfalls notwendig, um Räume für solidarische Austausch- und genossenschaftliche Wirtschaftsformen sowie für bedürfnisorientierte lokale und regionale Wirtschafts-

kreisläufe zu öffnen. Diese dürfen auf makroökonomischer Ebene nicht durch Freihandels- und Investitionsverträge eingeschränkt werden, die – wie dies die Freihandelsabkommen TTIP und TISA vorhaben – die staatliche Souveränität in bezug auf sozial- oder umweltpolitische Regulierung von Konzernen unterlaufen und zum Beispiel jegliche Re-kommunalisierung nach einer Privatisierung untersagen.

Ein sorgenorientierter Staat muss Verantwortung für soziale Sicherheit und Reproduktion übernehmen und mit öffentlichen Einrichtungen und Mitteln eine Infrastruktur zur Daseinsvorsorge bereitstellen, die für alle zugänglich ist. Die Schwächsten in der Gesellschaft sind am stärksten auf sicheren Zugang zu öffentlicher Versorgung und zu Gemeingütern angewiesen.

Gemeingüter, *Commons*, und das Gemeinschaftliche im Sozialen und in der Natur sind aus der Perspektive feministischer Ökonomie und Ökologie ein Fundament für eine Versorgungsökonomie, die genug für alle schafft. Wo Gemeingüter von Wissen bis zur Gesundheitsversorgung, von guter Luft bis zu Sportplätzen, von Transportmitteln bis zu Bibliotheken als kollektiver Reichtum definiert werden, müssen sich «Gemeinschaften» als politische Subjekte setzen, die beanspruchen, selbst demokratisch auszuhandeln, wie Ressourcen genutzt und im Sinne des Gemeinwohls effizient gemanagt werden können. Die Kämpfe zum Schutz öffentlicher Räume vor Marktexpansion und Gewinnmaximierung – wie im Gezi Park in Istanbul, bei Stuttgart 21 oder in der M15 Bewegung in Spanien – sind auch Kämpfe um «wirkliche» direkte Demokratie, um das Genug und um gutes Leben für alle als öffentliches Gut. Das beinhaltet Neudefinitionen von Wachstum und Effizienz, die mit der Logik der Akkumulation und privater Wohlstandsanhäufung brechen. Es sind Neuanfänge, überall und jederzeit. ●

Christa Wichterich,
*1949, ist Universitäts-
dozentin für Geschlech-
terpolitik und Publizis-
tin zu Themen feminis-
tischer Ökonomie und
Ökologie, neoliberaler
Globalisierung, Frauen-
arbeit und Frauenbe-
wegungen. Ihre geogra-
fischen Schwerpunkte
sind Süd- und Südost-
asien sowie Ost- und
das südliche Afrika.

wichterich@femme-glo-
bal.de